

# «Solche Fehler künftig vermeiden»

**Radio L** Der Nachtragskredit an das Radio in der Höhe von 345 000 Franken war im Landtag praktisch unbestritten. Der Tenor aber war eindeutig: Es braucht eine Grundsatzdiskussion über das Radio und die Medienförderung.

Stephan Agnolazza  
sagnolazza@medienhaus.li

Es wurde im Vorfeld eine Grundsatzdebatte befürchtet, der Landtag beschränkte sich gestern aber darauf, eine solche zu fordern. Stattdessen entwickelte sich eine konstruktive Diskussion über den Nachtragskredit. Dabei wurde auch die journalistische Arbeit übergreifend gelobt, während der Umgang mit den Suisa-Zahlungen aber für mächtig Kritik sorgte. Dabei ging es um 345 000 Franken, welche das Land dem Radio sprechen sollte. Diese wurden nötig, weil für die Jahre 2016 und 2017 zusätzliche Zahlungen an die zuständige Verwertungsgesellschaft Suisa (Schweizer Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik) fällig wurden. Die Erhöhung der Tarifzahlungen geht auf eine Änderung der Bemessungsgrundlage zurück. Da der Landesrundfunk (LRF) die erhöhten Tarifzahlungen weder im Budget 2016 noch im Budget 2017 berücksichtigt und auch im Jahresabschluss 2016 keine Rückstellungen vorgenommen hat, können die erhöhten Akontozahlungen für die Jahre 2016–2017 aufgrund destiefen Cash-Flows und der damit verbundenen Liquiditätslage nicht vom Radio finanziert werden. Das sorgte parteiübergreifend für Irritationen. So kritisierte Patrick Risch (FL) den Umgang mit den Suisa-Gebühren ebenso wie die Arbeit der Revisionsstelle. Ähnlich klanges auch beim VU-Abgeordneten Günther Vogt oder bei dem FDP-Abgeordneten Wendelin Lampert, welche die zuständige Revisionsstelle, die ReviTrust Grant Thornton, in der Verantwortung sehen. Diese hätte eine Rück-



Elfried Hasler brachte die Idee ein, dass man dem Radio in Zukunft einen 3-Jahres-Kredit spricht.

Bild: Archiv

stellung für die Suisa-Forderungen in der Jahresrechnung 2016 verlangen müssen. Der zuständige Wirtschaftsminister Daniel Rischer erklärte, dass betreffend der Verantwortlichkeiten derzeit gerade juristische Abklärungen laufen.

Für Landtags-Vizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz muss nun vorausgesetzt werden können, dass solche Fehler künftig nicht mehr geschehen.

## Kritik, dass sich niemand zu den Fehlern bekennt

«Wir werden das Geld sprechen müssen. Dennoch interessiert es mich, wie es so weit kommen konnte», meinte auch der DU-Abgeordnete Erich Hasler. Man

hätte sich ja bei der Suisa-Kontaktstelle in Zürich informieren und nachfragen können, falls etwas unklar gewesen sei. Weshalb aber etwas unklar war, erschloss sich Hasler nicht: «Schliesslich ist die Formulierung des Tarifs sehr klar und lässt meines Erachtens keinen Interpretationsspielraum zu.» Im Geschäftsbericht des Radio steht dagegen, dass man wieder die gleichen Gebühren wie die Vorjahre erwartet habe. «Die Suisa hätte sogar einen Zuschlag erheben können», rief Hasler den Abgeordneten in Erinnerung. «Das Radio ist noch mal mit einem blauen Auge davongekommen.» Was ihn aber massiv störe, sei, dass die Verantwortlichen vom Radio sich

nicht hinstellen würden und zu den Fehlern stünden.

Auf den Tarif angesprochen fand auch Wirtschaftsminister Risch klare Worte: «Man hätte Rückstellungen bilden müssen. Wenn man den Tarif liest, ist die Sachlage klar.» Da man aber schon in den Jahren zuvor anders abgerechnet habe, habe man vermutlich gedacht, es handle sich dabei um eine gelebte Praxis.

## 3-Jahres-Kredit für das Radio

Dass es zu einer Grundsatzdiskussion über das Radio L kommen wird, ist nach dem gestrigen Landtag so gut wie beschlossene Sache. Vertreter aller Parteien äusserten den Wunsch, eine entsprechende

Debatte zu führen. Dabei dürfte auch die Medienförderung als Ganzes wieder zum Thema werden. Einen Vorschlag zur künftigen Finanzierung brachte Elfried Hasler (FBP) ein, indem er einen 3-Jahres-Kredit vorschlug, wie es bei anderen staatsnahen Betrieben bereits teilweise geregelt ist. Es sei es für die Mitarbeitenden des Radio eine schwierige Situation, wenn man jedes Jahr aufs Neue wieder das Radio grundsätzlich infrage stelle.

Der zweite Nachtragskredit für den Winterdienst in der Höhe von 200 000 Franken war unbestritten. Dazu kam es, weil die Witterungsverhältnisse entsprechende Mehraufwendungen nötig machten.

## Cipra erhält 500 000 Franken

**Zugestimmt** Im zweitletzten Traktandum hat der Landtag gestern einhellig dem jährlichen Landesbeitrag von einer halben Million Franken an die internationale Alpenschutzkommission Cipra zugestimmt. Die Cipra ist die einzige internationale Organisation mit Sitz in Liechtenstein. VU-Landtagsabgeordneter Frank Konrad begrüßte den Antrag der Regierung, die Grundkosten der Geschäftsstelle der Cipra mit jährlich 500 000 Franken zu unterstützen. Konrad lehnte aber die von der Cipra geforderte Wiedereinführung des Projektbeitrags ab. In den Jahren 2002 bis 2004 sowie 2005 bis 2007 erhielt die Institution neben dem Beitrag zur Deckung der jährlichen Grundkosten auch 150 000 Franken für Projekte. Für die Periode 2008 bis 2011 wurde der Beitrag an Projektkosten auf 100 000 Franken minimiert. Schliesslich endeten die Projektkosten-Beiträge im Jahr 2014 aufgrund von Sparmassnahmen seitens der Regierung. Regierungsrätin Dominique Gantenbein fügte hinzu, dass im Gespräch mit der Cipra klar wurde, dass sie für spezielle Projekte Gönner finden können. (qus)

## Richter einstimmig gewählt

**Gerecht** Das Richterausschussgremium hat gestern für weitere fünf Jahre Marion Seeger als Richterin des Verwaltungsgerichtshofs vorgeschlagen. Mit 25 Stimmen wurde die Schaanerin vom Landtag gewählt. Als Ersatzrichter des Verwaltungsgerichtshofs schlug das Gremium Claudio Frick aus Schaan vor. Auch dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. (qus)

## Landesspital-Interpellation an Regierung weitergeleitet

Diskussionslos wurde die Interpellation der VU-Fraktion zur künftigen Ausrichtung des Landesspitals im Rahmen einer gesundheitspolitischen Gesamtstrategie gestern vom Landtag an die Regierung weitergeleitet. Damit muss Regierungsrat Mauro Pedrazzini in den kommenden Wochen Antworten auf grundlegende Fragen zur Zukunft des Landesspitals finden. Mit der Interpellation soll Klarheit darüber geschaffen werden, wie es zur aktuellen Situation rund um das Landesspital gekommen ist und wie es künftig weitergeht – dazu gehört auch eine Gesamtstrategie in der ganzen Gesundheitspolitik.

### Antworten, bevor Geld fliesst

VU-Fraktionssprecherin Violanda Lanter-Koller betonte gestern noch einmal, dass ihre Fraktion nicht bereit sei, ohne Vorliegen der Interpellationsbeantwortung dem angekündigten Verpflichtungskredit für bauliche Massnahmen über rund 10 Millionen Franken für das Landesspital einzutreten. «Wir sind überzeugt, dass die Interpellation die Möglichkeit eröffnet, die strategische Ausrichtung des Landesspitals in den Kontext einer übergeordneten und lang-



Lanter-Koller möchte eine langfristig ausgelegte Gesamtstrategie.

Bild: Daniel Schwendener

fristig ausgelegten gesundheitspolitischen Gesamtstrategie zu stellen und entsprechend zu hinterfragen», so Lanter-Koller. Daneben mahnte sie ihre Landtagskollegen auch zur Verantwortung. Besonders die Haltung der normalerweise sozial engagierten Freien Liste (FL) schien Lanter-Koller zu irritieren: «Die Freie Liste ist offenbar sogar bereit, dem Landesspital persofort die Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Liquidität zu verweigern und die Arbeitsplätze der 180 Angestellten im Landesspital zu gefährden.» Andere Abgeordnete hätten be-

reits in gewohnter Manier die Schuldigen für die aktuellen Entwicklung gefunden und fordern Köpferrollen. «Verantwortungsvolle Politik schaut anders aus, schliesslich geht es um nichts weniger als das Landesspital!»

Es dürfte erst der Startschuss zur Diskussion gewesen sein. Heute steht jetzt erst mal der Nachtragskredit zur Sicherstellung der Grundversorgung im Landesspital über 2,5 Millionen Franken auf der Traktandenliste.

Stephan Agnolazza  
sagnolazza@medienhaus.li

## Keinerlei Theater um den neuen Finanzbeschluss

Seit der Landtag 2013 die Modalitäten abgeändert und den Landesbeitrag um 11,6 Prozent gekürzt hatte, erhielt das Theater am Kirchplatz in Schaan jährlich 2,1 Mio. Franken aus der Staatskasse. Am 31. Dezember 2017 endet die Gültigkeit der damals beschlossenen Beitragsleistung. Ein neuer Finanzbeschluss mit Laufdauer bis 2021 muss also her, weshalb die Volksvertretung gestern über einen entsprechenden Antrag der Regierung zu befinden hatte.

Dieser sieht eine Beibehaltung der jährlichen Beteiligung von 2,1 Mio. am rund 4 Mio. Franken umfassenden Budget vor und basiert unverändert auf einer zwischen Regierung und Genossenschaft «Theater am Kirchplatz eG» geschlossenen Leistungsvereinbarung. Darin enthalten sind – auch das analog zum Zeitraum 2013 bis 2017 – acht Leistungsvorgaben, die auf wirtschaftliche und künstlerische Aspekte zielen und bei Nichterfüllung unter Umständen den Beitragskürzungen nach sich ziehen können.

In den Spielzeiten 2013/14, 2014/15 und 2015/16, für welche zum gegenwärtigen Zeitpunkt Zahlen vorliegen, wurden die Vorgaben nur in einem Fall nicht erfüllt, als das eingeforderte po-



Georg Kaufmann hob die starke Verankerung des TAK im kulturellen Leben Liechtensteins hervor.

Bild: Daniel Schwendener

sitive Betriebsergebnis 2013/14 um gut 17 000 Franken verfehlt wurde. Dies allerdings vornehmlich aufgrund der «Ungewissheit in der Budgetierung bezüglich des Landesbeitrages von 2013», wie es im Bericht und Antrag heisst.

Angesichts des insgesamt sehr positiven Leistungsausweises ist es daher nicht überraschend, dass die Abgeordneten den neuen Finanzbeschluss ohne Murren, sprich: einhellig, verabschiedeten. Begleitet von überwiegend sehr wohlwollenden Voten: Günter Vogt (VU) sprach, obschon er in der Kooperation mit anderen Or-

ganisationen und Institutionen noch Verbesserungspotenzial ortet, von einem «kulturellen Aushängeschild mit weit über die Landesgrenzen reichenden guten Ruf». Eugen Nägele (FBP) lobte das TAK dafür, in den letzten Jahren «sehr vernünftig und sorgsam mit dem Landesbeitrag umgegangen» zu sein. Georg Kaufmann (FL) wiederum bezeichnete das TAK als «Staatstheater», das sich damit rühmen kann, «im kulturellen Leben Liechtensteins tief verankert» zu sein.

Oliver Beck  
obeck@medienhaus.li